

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland e.V.

**Stellungnahme der bvmd zum
 Aktionstag „fares PJ“ vom 16.01.2019**

Berlin, 17. Januar 2019

Der gestrige PJ-Aktionstag setzte ein klares Zeichen für dringend notwendige Veränderungen des Praktischen Jahres. Deutschlandweit gingen über 4.500 Medizinstudierende auf die Straßen, demonstrierten, informierten und setzten sich für bessere Lehrbedingungen im Praktischen Jahr (PJ) ein. Während in diesem Studienabschnitt eigentlich die notwendigen praktischen Fertigkeiten vertieft werden sollten, dienen Medizinstudierende in vielen Kliniken als kostenlose oder günstige Arbeitskräfte für nicht lehrbezogene Aufgaben und die vorgesehenen Lernziele werden kaum vermittelt.

Als Bundesvertretung machen wir uns für einheitliche, gesetzliche Regelungen im Praktischen Jahr stark, die Studierenden eine Basis schaffen, in der sie sich auf Lehrangebote, faire Aufwandsentschädigungen sowie wertschätzende strukturelle Rahmenbedingungen verlassen können. Die aktuelle Situation, in der PJler durch die Politik und Krankenhausverwaltungen nicht als Hilfe im Arbeitsalltag wahrgenommen werden und zugleich dem Bedürfnis zahlreicher Studierender nach guter Lehre und Betreuung nicht nachgekommen wird, ist nicht weiter tragbar und bedarf zügiger Veränderungen. Eine festgesetzte Mindestvergütung in Höhe des Bafög Höchstsatzes ist zu gewährleisten, damit Studierende sich auf die Vollzeitbeschäftigung und das Lernen konzentrieren können und nicht zusätzlich hinzuverdienen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Dies ist eine der Forderungen der bvmd Petition für ein faires PJ, welche mittlerweile über 70.000 Unterschriften erhalten hat.

Neben der Vielzahl an Zuspruch vor Ort von Studierenden, lokalen Akteuren und der lokalen Presse, haben sich auch bundesweit viele Institutionen und Verbände sowie einzelne Politiker zu unseren Forderungen bekannt. Der Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Dr. Frank-Ulrich Montgomery betont die Notwendigkeit vernünftiger Arbeitszeiten, angemessener Vergütung und guter Lernbedingungen im PJ. Er mahnt gegenüber Politik, sowie Krankenhausträgern: "Einsparungen bei der Qualität der ärztlichen Ausbildung gehen auch immer auch auf Kosten der Patientensicherheit", und fordert sie auf "endlich zu handeln." Auch der Marburger Bund "unterstützt mit Nachdruck die studentischen Forderungen nach einer besseren Lehre und einer bundesweit einheitlichen, existenzsichernden Aufwandsentschädigung im Praktischen Jahr (PJ)."

Besonders freut uns der Rückhalt von Seiten der Politik. Sowohl Frau Eva-Maria Stange, Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst in Sachsen, als auch die Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz Barbara Klepsch, ebenfalls Sachsen, äußerten sich positiv und verständnisvoll für die Studierenden. Wir freuen uns gemeinsam im Rahmen der anstehenden Änderungen durch den

Europäische Integration	Forschungsaustausch	Medizin und Menschenrechte	Public Health
Famulaturaustausch	Gesundheitspolitik	Medizinische Ausbildung	Sexualität und Prävention
	Projektkoordination	Training	

Die bvmd ist auf internationaler Ebene Teil der IFMSA- und EMSA-Netzwerke

bvmd-Geschäftsstelle

Robert-Koch-Platz 7
 10115 Berlin

Phone +49 (30)9560020-3
 Fax +49 (30)9560020-6
 Home <http://www.bvmd.de>
 Email buero@bvmd.de

Für die Presse

Malte Debbert
 Email pr@bvmd.de
 Phone +49 (0) 157 74721694

Vorstand

Jan Schenk	(Präsident)
Martin Gavrysh	(Externes)
Eva Weber	(Finanzen)
Malte Debbert	(PR)

Die Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland ist ein eingetragener Verein.
 (Vertragsregister Aachen VR 4336)
 Sitz und Gerichtsstand ist Aachen.

Masterplan Medizinstudium 2020, die geforderten Lehrverbesserungen anzugehen und umzusetzen.

Wir nehmen auch kritische Positionierungen zu unseren Forderungen zur Kenntnis. Zum Beispiel vom Präsidenten der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) Gerald Gaß, der eine finanzielle Absicherung Studierender einzig in der Verantwortung des BAföG-Systems sieht. Oder von Dr. Frank Wissing, dem Generalsekretär des Medizinischen Fakultätentags (MFT), der Vertretung aller medizinischen Fakultäten in Deutschland. Dieser sprach sich ebenfalls gegen das Begehren nach einheitlicher Honorierung aus. Die Ablehnung begründet er damit, das PJ als Teil des Studiums zu betrachten, was scheinbar keine Grundlage für eine finanzielle Aufwandsentschädigung biete.

Wir betonen nachdrücklich, dass wir das PJ ebenfalls vollumfänglich als integralen Bestandteil unseres Studiums betrachten. Schließlich streiten wir vor allem vehement für eine Verbesserung seiner Lehrbedingungen, doch kann eine hohe Fortbildungsqualität nicht gewährleistet werden, wenn Studierende die Zeit, die sie für das Lernen nutzen sollten für Gelderwerb aufwenden müssen. Ein Studierender, der seinen Lebensunterhalt in einer 40 Arbeitsstundenwoche im Krankenhaus nicht ohne Nebentätigkeit bestreiten kann, hat keine reelle Chance seine Fertigkeiten in oder außerhalb der Klinik angemessen zu vertiefen. Zeit zum Lernen ist auch ein Bestandteil der Lehrqualität.

Insgesamt begrüßen wir die zahlreichen Reaktionen auf unsere Petition und den Aktionstag. Wir hoffen hiermit, die notwendige Diskussion um Lehr- und Arbeitsbedingungen nachhaltig in allen Gremien und Institutionen angestoßen zu haben.

Wir fordern insbesondere hinsichtlich der in diesem Jahr begonnenen Novellierung der Ärztlichen Approbationsordnung alle Beteiligten dazu auf, die nötigen Verbesserungen im praktischen Jahr miteinzubeziehen. Hierfür beteiligen wir uns gerne an den entscheidenden Prozessen und bieten unsere Unterstützung an.

Bundesvertretung der Medizinstudierenden in Deutschland, bvmd e.V.